

1300.- A/t.

München, den 26. April 1939.

Herr Minister,

Seit der telegraphischen Botschaft des Oberhauptes der Vereinigten Staaten von Amerika an den Herrn Reichskanzler, die, da derselbe damals nicht in Berlin sondern in Bayern weilte, offenbar etwas später in dessen Hände gelangte, als man in Washington D.C. annahm, hat auch in München ein grosses Rätselraten eingesetzt, dies im Zusammenhang mit der Antwort vor dem Reichstag am nächsten Freitag. Unkontrollierbare Gerüchte gingen dabei so weit, von einem Abschluss eines Nichtangriffspaktes Deutschlands mit der Sowjetunion zu sprechen. Es dürfte sich um arge Übertreibungen handeln, doch glaubt man in wohlinformierten Kreisen, dass in der kommenden Reichstagssitzung erneut die Forderung nach Kolonien aufgestellt werden soll. In zuständigen Parteinstanzen ist die enge Fühlungnahme des Heiligen Stuhles mit General Franco nicht übersehen worden und es fragt sich, ob der Vatikan, der eine antikommunistische Politik treibt, nicht über Madrid in erster und Rom in zweiter Linie eine Bereinigung des gespannten Verhältnisses mit Berlin wird erreichen können, die hier nicht unerwünscht wäre.

Der von mir in meinem letzten Bericht erwähnte wirtschaftliche und politische Druck der Achse auf Jugoslawien ist inzwischen durch die Karfreitagsereignisse in Albanien verstärkt worden. Durch die Sperrung des

An die Schweizerische Gesandtschaft,

B e r l i n .



Adriatischen Meeres durch Italien ist Jugoslawien plötzlich ein Binnenland geworden. Es ist auch nicht zu vergessen, dass die ehemaligen Quadres der weissrussischen Armee in das Heer dieses Landes übernommen wurden. Obschon es hier bekant ist, dass die Volksstimmung in Jugoslawien nicht zu Gunsten der Achse neigt, hofft man deutscherseits offenbar, indem man Ungarn nahelegt, diesem Nachbarn gegenüber auf seine Territorialforderungen zu verzichten, auf ein Einschwenken von Seiten von Belgrad. Mit dem Beitritt zum Antikominternpakt wäre dies mehr oder weniger schon geschehen. In Parteikreisen setzt man grosse Hoffnungen auf Bulgarien, dies insbesondere deshalb, weil dieses Land ein alter Verbündeter aus dem Weltkrieg ist und die italienisch geborene Königin zu einer Achsenpolitik entschieden Hand bieten sollte. Die von Bulgarien kürzlich aufgestellten Forderungen nach Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen erschweren natürlich die Verhandlungen der Achsenmächte mit Belgrad, Athen und Bukarest.

Die Vereinigten Staaten intervenieren, wie aus wohlunterrichteten Kreisen verlautet, in Europa nicht nur aus Nächstenliebe, sondern hauptsächlich aus geschäftlichem Interesse. Ein Machtzuwachs des Reiches käme den Lieferanten jenseits des Atlantik nicht gelegen. Man befürchtet in Washington nicht für morgen, übermorgen, in einigen Wochen oder Monaten, aber trotzdem in nicht allzu ferner Zeit einen Verlust des Absatzgebietes nicht nur auf dem europäischen Kontinent, sondern auch in Südamerika, und es ist deshalb die Instruktion an die diplomatischen Vertreter dieses Landes ergangen, diesbezüglich wachsam zu sein.

Auf deutscher Seite hat die kürzlich angeordnete Teilmobilisation des niederländischen Heeres hier allem nach besonders böses Blut gemacht. Anlässlich eines Empfanges der Münchner Wirtschaftsführer am Dienstag den 18. April im Festsaal des Alten Rathauses hat



- 3 -

Herr Staatsminister Wagner den holländischen Konsul diesbezüglich befragt und behauptet, die Einberufung dieser Truppen hätte eine Spitze gegen das Reich gehabt. Er wies in diesem Zusammenhang auf das kluge Verhalten der Schweiz hin, indem er dem Genannten gegenüber bekannt gab, dass er über die Politik der beiden Länder ausgezeichnet informiert sei. Mein niederländischer Kollege erwiderte, dass schon der Umstand, dass auch die Batterien, die das holländische Mutterland bei einem Angriff von der See her zu verteidigen hätten, bemannt worden wären, zeige, dass die ganze Angelegenheit mit antideutscher Politik nicht das Geringste zu tun hätte. Mir gegenüber fügte der holländische Konsul später hinzu, dass das fragliche Truppenaufgebot deshalb in die Wege geleitet worden sei, weil sich im letzten Herbst in der niederländischen Armee einige Mängel gezeigt hätten und man durch diese Massnahme dieses oder jenes richtigzustellen gewillt sei.

Im Verhältnis Deutschland-Schweiz ist von München aus gesehen zu berichten, dass, wie ich aus Bemerkungen, die man mir gegenüber in diesem Zusammenhang fallen lässt, entnommen habe, das Nichtmittun der Eidgenossenschaft bei den Gratulationen zum 50. Geburtstag des Staatsoberhauptes da und dort etwas empfunden wurde. Auf der anderen Seite ist man in München erfreut über die Herrn Nationalrat Bodenmann erteilte Antwort auf seine "kleine Anfrage" betreffend die Aufnahme von Beziehungen zwischen der Schweiz und Sowjetrussland. Wie schon in der Presse erwähnt wurde, sah man es hier besonders gern, dass ein neutraler Staat die Sowjetregierung mit der Komintern gleichstellte und den ablehnenden Bericht damit begründete, dass eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten so lange nicht stattfinden könne, als Moskau sich in die innere Politik der anderen Staaten einmische.



Obschon, was das Verhältnis Deutschland-Schweiz anbelangt, laut kompetenten grossen Politikern eine direkte Gefahr für unser Land keineswegs besteht, wird an Vereinigungen mittlerer und kleinerer Parteileute, so scheint es, ab und zu von der deutschen Schweiz leider so gesprochen, als ob sie im Grunde genommen zu Grossdeutschland gehören müsste. Es ist dies insofern ein heikles Thema, als man dabei nie weiss, wo der Trennungsstrich zwischen offiziell und privat und zwischen Ernst und Scherz zu ziehen ist. Eine entschiedene Beruhigung der Angrenzer könnte eben jetzt durch den Umstand bewirkt werden, dass derartige Redereien verboten würden.

Dass auf der Welt zur Zeit viel und überflüssig gesprochen wird, dürfte nachfolgendes interessantes Beispiel zeigen. Die Ehefrau eines in der bayerischen Hauptstadt ziemlich angesehenen Mannes, der einen Professorentitel trägt, äusserte sich kürzlich in einem Frisiersalon dahin, dass sie und ihre Familie in den Tagen des Einmarsches der deutschen Armee in die Tschecho-Slowakei, als sie mit ihrem Mann und den Kindern in Graubünden weilte, vom schweizerischen Hotelpersonal aufs grösste beleidigt worden sei. Sie bezeichnete diesen Zustand als unerträglich und fügte hinzu, dass man sie und die ihrigen bei Tisch lange nicht bedient habe, indem der Ausdruck "Diebsbande" gefallen sein soll. Diese Geschichte, die offenbar beweisen sollte, wie "anti-deutsch" die schweizerische Bevölkerung wäre, zirkulierte in München in den verschiedensten Kreisen, bis auch ich durch einen Zufall davon hörte. Ich beauftragte einen meiner Beamten, mit dem in Frage stehenden Professor telefonisch Rücksprache zu nehmen, ihm zu sagen, wie sehr das Generalkonsulat bedaure, wenn es anlässlich seines Kuraufenthaltes in der Schweiz zu Missverständnissen gekommen sei und ihn endlich zu bitten, mir über den ganzen Vorfall einen schriftlichen Bericht zur Verfügung zu stellen, den ich mich anerbote, an die zuständigen Behörden weiter zu leiten. Dieser Anruf scheint den in



Frage Stehenden ausserordentlich überrascht zu haben. Jedenfalls bestritt er kategorisch, dass das Geringste vorgefallen sei, versicherte im Gegenteil, dass er noch nie irgendwo so freundlich und liebenswürdig aufgenommen worden wäre, wie in Graubünden und fügte bei, dass er selbst sogar daran interessiert sei, zu erfahren, wie diese Gerüchte entstanden. Die Sache wurde daraufhin von meiner Vertretung als erledigt betrachtet. Immerhin wurden gewisse Persönlichkeiten, die zum Teil den Behörden angehören, welche den Fall aus erster Version kannten, auch mit dem Resultat der vom Generalkonsulat unternommenen Schritte vertraut gemacht.

Um auf die allgemeine Politik zurückzukommen, hat die gestern hier bekannt gewordene Mobilisation eines Teiles der dänischen Armee Erstaunen hervorgerufen. Was Polen und Rumänien anbelangt, dürfte bei beiden Staaten nach wie vor das panische Unbehagen vor dem sowjetrussischen Nachbarn bei allen aussenpolitischen Bindungen ausschlaggebend sein. In gut informierten Kreisen hält man dafür, dass Polen sein Territorium unter allen Umständen bis aufs Äusserste verteidigen würde. Rumänien, das mit seinen vielen Minoritäten zur Zeit einen schweren Stand hat, lässt sich umwerben, wie eine berechnende schöne Frau, indem es weiss, dass es mit Leichtigkeit Bessarabien an die Sowjets, Siebenbürgen an die Ungarn und die Dobrudscha an die Bulgaren verlieren kann.

Es wird Sie interessieren, dass in München wie in Berlin die alte Politik eingeschlagen wird, Frankreich wo und wie immer möglich entgegen zu kommen und England die kalte Schulter zu zeigen, während Rom abmachungsgemäss umgekehrt vorgeht. Es ist denn kürzlich bei einer grösseren öffentlichen Veranstaltung von einem führenden bayerischen Politiker anlässlich einer Rede, in welcher von der Verantwortung für den Ausbruch des kommenden Krieges gesprochen wurde, der Satz gefallen, "Gott strafe



- 6 -

England". Der französische Generalkonsul war anwesend, während man den britischen Kollegen bei der Einladung übergangen hatte. Auf die Ententevertreter scheint übrigens die Rückkehr ihrer Botschafter in die Reichshauptstadt bis zu einem gewissen Grade beruhigend zu wirken.

Das hiesige tschechoslowakische Generalkonsulat ist in unauffälliger Weise zur Auflösung gelangt. Die meisten Beamten sollen von den in Prag neu zu schaffenden Ministerien übernommen werden und sich in Zukunft mit dem Vierjahresplan und ähnlichem beschäftigen. Das ganze Personal war anlässlich der letzten kritischen Tage in München geblieben. Im letzten Herbst hatte der hiesige tschechoslowakische Generalkonsul einige Tage nach dem 29. September dem Doyen des Konsularkorps die Schlüssel seiner Vertretung ausgehändigt und war mit seinen ganzen Mitarbeitern und deren Familien auf einige Zeit in die Schweiz gefahren. Im Zusammenhang mit der Auflösung des österreichischen Generalkonsulates teile ich Ihnen mit, dass der im Frühjahr 1938 verhaftete Generalkonsul Legationsrat Jordan kürzlich auf den Jahreswechsel hin auf freien Fuss gesetzt und vom Reich pensioniert wurde.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul:

Beilage:

1 Doppel.